

Antrag

Initiator*innen: SPD-Stadtverband Leipzig

Titel: Bespitzelung beenden – für einen
verfassungskonformen Verfassungsschutz

Votum der Antragskommission

Block Inneres - Kommunales - Recht, nach INI02, vor K01

Antragstext

1 Der Landesparteitag möge beschließen:

2 Die SPD Sachsen verurteilt die bekannt gewordene anlasslose, rechtswidrige und
3 durch nichts zu rechtfertigende Bespitzelung von Mitgliedern der
4 Landesregierung, demokratisch gewählten Abgeordneten im sächsischen Landtag und
5 Vertreter*innen der Zivilgesellschaft durch das Landesamt für Verfassungsschutz.
6 Dass mit Martin Dulig der stellvertretende Ministerpräsident des Freistaates und
7 Vorsitzende des Landesverbandes der ältesten demokratischen Partei Deutschlands
8 zum Zielobjekt der Überwachung wurde, stellt einen in einem demokratisch
9 verfassten Sachsen einmaligen, ungeheuerlichen Vorgang dar.

10 Genauso deutlich verurteilen wir die Bespitzelung aller Menschen in Sachsen, die
11 wegen ihres politischen Engagements für Demokratie und Menschenrechte überwacht
12 worden sind. Diese Pervertierung der Idee der wehrhaften Demokratie durch einen
13 offenkundig völlig außer Kontrolle geratenen sächsischen „Verfassungsschutz“
14 stellt einen direkten Angriff auf die Grundlagen des demokratischen
15 Rechtsstaates dar. Die SPD Sachsen wird einen solchen Angriff nicht tatenlos
16 hinnehmen.

17 Wir werden nicht zur Tagesordnung übergehen, wenn in beispielloser Weise Macht
18 durch jene Institution missbraucht wird, deren einziger Daseinszweck die Aufgabe
19 des Schutzes der Rechte der Menschen in diesem Lande vor Angriffen durch die
20 Feinde der Demokratie ist. Wir sagen es deutlich: Die Demokratie in Sachsen ist
21 in Gefahr!

22 Wir fordern sofortige politische und juristische Konsequenzen. Hintergründe und
23 Verantwortlichkeiten der Bespitzelungsaktionen müssen rückhaltlos und ohne
24 Ansehen der beteiligten Personen aufgeklärt werden. Verantwortliche sind nicht
25 nur umgehend ihrer Ämter zu entheben, sondern auch für Gesetzesübertretungen
26 juristisch zur Verantwortung zu ziehen. Politisch Verantwortliche für diesen
27 Rechtsbruch fordern wir zum sofortigen Rücktritt auf. Alle Amts- und
28 Mandatsträger*innen der sächsischen SPD rufen wir auf, alles in ihrer Macht
29 stehende zu tun, um an der Aufklärung mitzuwirken und eine Wiederholung zu
30 verhindern. Zu diesem Zweck rufen wir sie und alle Mitglieder der Partei auch
31 dazu auf, Anträge auf Auskunft über vom Verfassungsschutz gesammelte Daten zu
32 stellen. Nur so können wir einen Überblick über das Ausmaß des Rechtsbruches
33 erhalten.

34 Ein Verfassungsschutz, der die Verfassung nicht respektiert, ist keiner. Wir
35 alle sind aufgerufen, die Grundlagen unseres demokratischen Gemeinwesens zu
36 schützen. Und das wird die SPD auch weiterhin tun.

Begründung

37 Erfolgt mündlich